

werden. Die Leipziger Konferenz rief in ihrem Beschluß die deutsche Arbeiterklasse auf, dafür zu kämpfen, daß Westdeutschland einem System der kollektiven Sicherheit beiträgt, daß die Politik der Pariser Verträge aufgegeben wird, der Militarismus und die Herrschaft der Monopole und des Großgrundbesitzes beseitigt werden. Deutschland muß frei werden von ausländischer Besetzung und militaristischen Stützpunkten. Es wird zu diesem Zweck die Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterorganisationen und die Verständigung aller deutschen Werktätigen gefordert. Diesen Weg weist auch die KPD, die an der Spitze des Kampfes für die wahren Interessen der werktätigen Massen steht, mit der programmatischen Erklärung ihres Parteivorstandes vom 16. Oktober 1955. Die Konferenz in Leipzig stellte fest, daß die Fortschritte auf diesem Wege abhängig sind von der Festigung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, von der Verständigung zwischen den Arbeiterorganisationen in beiden Teilen Deutschlands und von ihren Erfolgen im Kampf gegen Militarismus und Imperialismus.

Für die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik gilt es daher, die westdeutschen Arbeiter dabei zu unterstützen. Unter Mitwirkung der Gewerkschaften muß ihnen im Delegationsaustausch, beim Auftreten in Gewerkschafts- und Arbeiterversammlungen in Westdeutschland, durch Zusammenarbeit der Gewerkschaftsleitungen mit den Betriebsräten und Vertrauensmännern usw. erklärt werden, welcher unlösliche Zusammenhang zwischen dem Kampf um höhere Löhne, gegen Überstunden sowie für die Verwirklichung des Aktionsprogramms des DGB und dem Kampf gegen Militarismus und Pariser Verträge besteht.

Es ist daher erforderlich, daß die Zentralvorstände der Industriegewerkschaften des FDGB die Ausarbeitung wissenschaftlicher Analysen über die Lage der Arbeiterklasse in den entsprechenden Industriezweigen in Westdeutschland beschleunigen und damit an die Öffentlichkeit treten, um nachzuweisen, daß die Arbeiterklasse Westdeutschlands unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus absolut und relativ verelendet. Eine solche Einschätzung wird vielen westdeutschen Arbeitern helfen, noch klarer zu erkennen, wer der Hauptfeind der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ist und gegen wen sich ihr Kampf richten muß. Die Parteiorganisationen in den Zentralvorständen der IG sollten kontrollieren, wie diese Forderung des 4. FDGB-Bundeskongresses erfüllt wird.

Für die Betriebsparteioorganisationen ergibt sich, dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaftsleitungen endlich solch eine gewerkschaftliche Argumentation zu den wichtigsten Fragen ausarbeiten, die die spezifischen Besonderheiten der Wirtschaftszweige, der Berufsgruppen sowie die Traditionen der Arbeiterklasse berücksichtigt. Gegenwärtig übernehmen die Gewerkschaften meistens einfach die Argumentation des „Neuen Deutschlands“, ohne sie in die tägliche gewerkschaftliche Überzeugungsarbeit harmonisch einzufügen. Zum Beispiel gilt es doch gerade in diesen Wochen, den DGB-Mitgliedern zu helfen, ihre Klassenorganisation zu festigen, alle Anschläge auf den DGB abzuwehren. Das ist um so dringender erforderlich, da sich die rechte DGB-Führung offensichtlich über die Beschlüsse des DGB-Bundeskongresses und die Gewerkschaftssatzung hinwegsetzt und mit den Monopolisten und Militaristen über eine Gleichschaltung des DGB mit der Politik Adenauers verhandelt. Die Entlassung des Leiters des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, Dr. Viktor A g a r t z , ist mit ein Beweis dafür. Die Arbeiter stellen sich schützend vor Dr. Agartz. Sie fordern von der DGB-Führung, die Demokratie im DGB zu wahren und ihre verräterische